

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXV/108

Bonn, den 15. Juni 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Bundespolitik konsequent fortsetzen 57

Anmerkungen zu den Ergebnissen der Landtagswahlen

Von Hans-Jürgen Wischniewski,  
Bundesgeschäftsführer der SPD

3 - 4 Die Bundeswehr und der 17. Juni 85

Staatsbürgerlicher Unterricht für die Soldaten  
Eine Anordnung des Bundesverteidigungsministers Helmut Schmidt

5 - 6 Der Sieg schon in der Tasche? 61

Alle Anzeichen deuten auf einen Labour-Sieg am 18. Juni

## Bundespolitik konsequent fortsetzen

### Anmerkungen zu den Ergebnissen der Landtagswahlen

Von Hans-Jürgen Wischniewski,  
Bundesgeschäftsführer der SPD

In drei Bundesländern haben die Wähler am vergangenen Sonntag über die zukünftigen Regierungskonstellationen entschieden. In Nordrhein-Westfalen wurde die Koalition aus SPD und FDP bestätigt, in Niedersachsen erhielt die SPD durch das Votum der Wähler den Regierungsauftrag. Eine Stärkung der sozialdemokratischen Position im Bundesrat ist damit zu erwarten.

Aufgrund der hohen Wählerzahl hat das Wahlergebnis auch große bundespolitische Bedeutung. Insbesondere die CDU ermahnte sie - so ihr Generalsekretär Dr. Hock zwei Tage vor der Entscheidung - zu einem "Votum für oder gegen Regierung und Koalition in Bonn". Wenn wir diese Wahlen so hoch bewerten wollen, dann waren sie auf keinen Fall die von der CDU/CSU propagierte Absage an die Politik der Bundesregierung: Der Stimmanteil, der in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und im Saarland für die Parteien der im Bund regierenden Koalition entfiel, ist mit dem Votum vom 28. September 1969 in den gleichen Gebieten bis auf ein Zehntelprozent identisch. Mit 51 Prozent entschied sich die Mehrheit der Bevölkerung dieser drei Länder für die in Bonn regierenden Parteien. Das Wort von der "Absage" - von der unbelehrbaren CSU auch nach den Wahlen nochmals aufgegriffen - war also, so demonstriert das Ergebnis, falsch und verfrüht. Das dürfte die CDU um eine Erfahrung reicher machen.

Die Einzelergebnisse dieser Wahlen müssen auch für unsere Partei Grundlage einer kritischen Analyse sein. Die SPD hat in Niedersachsen Stimmen gewonnen, im Saarland ihre Position gegenüber dem Bundestagswahlergebnis von 1969 sogar verbessern können. Was den

Rückgang in Nordrhein-Westfalen gegenüber den vergangenen Landtagswahlen anbelangt: 1966 stand die CDU in einer schweren Krise, die zu dem damaligen Erfolg der Sozialdemokraten wesentlich beigetragen hatte.

Erneut hat sich gezeigt, daß die Höhe der Wahlbeteiligung in enger Korrespondenz zum Stimmanteil der SPD steht, daß es uns aber nicht gelungen ist, unsere Stammwähler in ausreichendem Maße an die Wahlurne zu bringen. Sicherlich nicht zuletzt deshalb, weil die Wähler einer Partei, die in Bund und Land den Regierungschef stellt, ihrer Wahlpflicht ein wenig nachlässiger nachgehen als die Stammwähler einer hartkämpfenden Opposition. Das zeigt sich deutlich an den Einsüssen, die unsere Partei in Industriestädten des Ruhrgebietes hatte. Die Wahlergebnisse werden für die SPD Anlaß sein, in den kommenden Wahlkämpfen ihre Organisation noch besser und wirksamer einzusetzen.

Der FDP geben die Ergebnisse dieser Wahlen, insbesondere ihr Scheitern in zwei Bundesländern, wesentliche Hinweise. Sie hat in Nordrhein-Westfalen, wo sie gemeinsam mit der SPD in der politischen Verantwortung stand, gegenüber dem Bundestagswahlergebnis von 1969 einen leichten Stimmengewinn zu verzeichnen. Die Zusammenarbeit mit der SPD in Land und Bund hat ihr demnach keineswegs geschadet. Im Saarland, wo sie sich für ein weiteres Zusammengehen mit der CDU entschieden hatte, und in Niedersachsen, wo sie auf eine klare Entscheidung verzichtet hatte, hat die FDP die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen können.

Für die Bundesregierung kann sich aus den Entscheidungen dieses Sonntags nur eine Konsequenz ergeben: Die von Willy Brandt und Walter Scheel eingeleitete Politik wird unverändert fortgesetzt. Im Zentrum der politischen Arbeit dieser Legislaturperiode stehen weiterhin der Ausbau der Friedenspolitik, die Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität und die inneren Reformen, denen sich diese Bundesregierung verpflichtet hat.

+ + +

Die Bundeswehr und der 17. Juni

Staatsbürgerlicher Unterricht für die Soldaten

Eine Anordnung des Bundesverteidigungsministers Helmut Schmidt

sp - Bundesminister Helmut Schmidt hat eine Unterrichtung der Bundeswehr über die Geschehnisse des 17. Juni 1953 angeordnet. Im Rahmen des staatsbürgerlichen Unterrichts in der Truppe sollen nach seinem Willen die Einheitsführer mit ihren Soldaten zugleich die gegenwärtige Situation der Deutschlandpolitik diskutieren, wie es auch in früheren Jahren geschehen ist. Über die Grundsätze dieser Politik machte Helmut Schmidt die folgenden Ausführungen:

1. Die Deutschen haben ein Recht auf Selbstbestimmung, wie alle anderen Völker auch.
2. Die Fragen, die sich aus den Folgen des Zweiten Weltkrieges und aus dem nationalen Verrat des Hitler-Regimes ergeben haben, können abschließend nur in einer europäischen Friedensordnung beantwortet werden.
3. Aufgabe der praktischen Politik in den vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation, soweit dies möglich ist und an uns liegt, dadurch zu wahren, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der bisherigen Erstarrung gelöst wird.
4. Über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen; entspricht nicht nur einem deutschen Interesse, denn es hat seine Bedeutung auch für den Frieden in Europa und für das Ost-West-Verhältnis.
5. Die Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland zu verbindlichen Abkommen über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt gilt auch gegenüber der DDR.

Zu den Treffen zwischen Bundeskanzler Brandt und dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Stoph am 19. März in Erfurt und am 21. Mai 1970 in Kassel und für die zukünftig gültigen Vorstellungen der Bundesregierung führte Bundesminister Schmidt folgendes aus:

1. Beide Staaten haben ihre Verpflichtung zur Wahrung der Einheit der deutschen Nation. Sie sind füreinander nicht Ausland.
2. Im übrigen müssen in den Beziehungen der beiden Staaten in Deutschland die allgemein anerkannten Prinzipien zwischen-

staatlichen Rechts gelten, insbesondere der Ausschluß jeglicher Diskriminierung, die Respektierung der territorialen Integrität, die Verpflichtung zur friedlichen Lösung aller Streitfragen und zur Respektierung der beiderseitigen Grenzen.

3. Dazu gehört auch die Verpflichtung, die gesellschaftliche Struktur im Gebiet des anderen nicht gewaltsam ändern zu wollen.
4. Die beiden Regierungen sollten eine nachbarschaftliche Zusammenarbeit anstreben, vor allem die Regelung der fachlich-technischen Zusammenarbeit, wobei gemeinsame Erleichterungen in Regierungsvereinbarungen festgelegt werden können.
5. Die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte in Bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin sind zu respektieren.

Schließlich zog Bundesminister Schmidt ein Fazit aus den Treffen von Erfurt und Kassel und erläuterte den gegenwärtigen Stand der innerdeutschen Beziehungen:

Die Tatsache, daß es zum erstemal seit dem Bestehen der beiden deutschen Staaten innerhalb von zwei Monaten zu ausführlichen und intensiven Aussprachen auf den Ebenen der Regierungschefs gekommen ist, ist allein schon ein unübersehbares Zeichen dafür, daß sich in Deutschland etwas geändert hat. Die Verantwortlichen beider Seiten reden miteinander, und beide Seiten haben ihren Willen zum Ausdruck gebracht, den Dialog fortzuführen. Dies hat nach allem, was hinter uns liegt, schon in sich eine tiefere Bedeutung.

Die Bundesregierung hat ihre Vorschläge nicht mit Maximalforderungen belastet. Andererseits hat sie keine Positionen aufgegeben die aus unserem Selbstverständnis heraus unverzichtbar sind.

Daß es nicht zu konkreten Verabredungen über eine Fortsetzung des Meinungsaustausches gekommen ist, beweist einmal mehr, wie tief der Graben ist, der zwischen den beiden Teilen Deutschlands liegt, und wieviel Geduld aufgebracht werden muß. Die Bundesregierung wird jedoch in ihren Bemühungen, auch mit der DDR zu verträglichen Regelungen zu kommen, nicht erlahmen. Sie wird, wie bisher ohne Illusionen und mit langem Atem dafür eintreten, daß Spannungen abgebaut und Möglichkeiten der Zusammenarbeit gesucht werden.

Bundesminister Helmut Schmidt ist überzeugt, daß auf der Grundlage dieser Informationen ein sinnvoller staatsbürgerlicher Unterricht in den Einheiten geführt werden kann und daß das Gegenüberstellen z. T. kontroverser Ansichten die von ihm geforderte freie Diskussion in der Bundeswehr beleben und bereichern wird.

+ \* +

### Den Sieg schon in der Tasche?

Alle Anzeichen deuten auf einen Labour-Sieg am 18. Juni

Die noch eben vor dem Zeitungsstreik veröffentlichten Zahlen aus dem Schatzamt bestätigen der Regierung Wilson, daß sie mit einem 560-Millionen-Pfund-Überschuß in der Zahlenbilanz am 18. Juni vor die Wähler treten kann. Verglichen mit dem 745-Millionen-Pfund-Defizit, das sie nach der Amtsübernahme 1964 als Hinterlassenschaft der Tories vorfand, liegt der Erfolg klar auf der Hand. Erzielt wurde dieses Resultat mit jahrelangem Gürtelengerschnallen, mit einschneidenden Restriktionen und massiven Umstruktuerungen. So viel wurde namentlich den Labouranhängern abverlangt, daß sie bei den zwei, drei Dutzend Nachwahlen zwischen dem Triumph von 1966 und den jetzt ausgeschriebenen Unterhaus-Neuwahlen ihrer Partei nicht mehr die Stange hielten. Aber die "Deserteure" kehrten zurück.

Jedenfalls sagen die führenden fünf Meinungsforschungsinstitute einen Labourvorsprung von zwischen vier und 5,5 v.H. voraus, und eine Spezialumfrage in fünfzig entscheidenden Wahlkreisen mit schwanken- den knappen Mehrheiten zeigte ebenfalls, daß Labour im Kommen ist. Bei der konservativen Opposition liegen allerdings Stimmungsberichte der Wahlkämpfer vor, die die professionellen Umfrageergebnisse be- zweifeln. Ganz wohl bei diesem Stand der Dinge ist Premierminister Harold Wilson nicht in seiner Haut. Er fürchtet nämlich, die Labour- anhänger könnten glauben, das Rennen sei schon gelaufen und sie dürf- ten getrost ihrer Neigung nachgehen, gar nicht erst an die Urne zu treten. Um die erfahrungsgemäß immer erst sehr spät am Abend in die Wahllokale gehenden Labourwähler auf jeden Fall zu bekommen, bleiben die Wahllokale diesmal bis 22 Uhr geöffnet. Dadurch verspätet sich allerdings das Auszählen. Erst am 19. Juni wird man mit Sicherheit die Mehrheit des künftigen Unterhauses ermittelt haben.

Auf dem Höhepunkt des im allgemeinen eher träge verlaufenden Wahlkampfes, der nur von gelegentlichen Krawallszenen unterbrochen.

wurde, trug ein Zeitungsstreik zur Konfusion der Wähler bei. Sie sahen sich jählings eines wichtigen Mediums der Meinungsbildung beraubt. Zur gleichen Zeit spielte die Berufsorganisation der staatlich angestellten Ärzte der Opposition in die Hand, als ein von einer unabhängigen Kommission vorgelegter gestaffelter neuer Gehaltszuschlag des Sozialministers bis nach den Wahlen ad acta gelegt wurde. Angeblich soll Sozialminister Crossman die Ablehnung mit dem Hinweis auf "eine Periode wirtschaftlicher Gefahr" begründet haben (was er jedoch bestreitet) - daraufhin wittern die Tories Morgenluft: vielleicht stehe es um die Wirtschaft doch nicht so günstig, wie die Labourpropaganda behauptete. Die Gefahr solchen Argumentierens liegt darin, daß man sich vor dem Ausland in eine Krise hineinredet.

Die Wahlkampfmunition haben die Konservativen bereitet. Die von ihnen aufgeworfenen Themen "Lebensstandard", "Steuerermäßigung", "Wohnungsbau" und "Recht und Ordnung", sind die, die auch die Wähler beschäftigen. Die Ironie will es gleichwohl, daß die Tory-Rezepte dafür von der Wählerschaft verworfen werden. Offenbar traut sie der Labourmannschaft heute mehr Kompetenz zu als den teils abgewirtschafteten, teils unbekanntenen Männern des Heath'schen Schattenkabinetts.

Zum erstenmal werden auch Jungwähler zwischen 18 und 21 an den Wahlen teilnehmen. Wenn sie sich nicht der Stimme enthalten, wie viele von ihnen vorgeben, so werden sie wie die Familie wählen (haben die Meinungsforscher ermittelt). In ihren Sympathien schwanken sie etwa im gleichen Verhältnis zu den beiden großen Parteien.

Der Schlachtgrund des Wahlkampfes ist Labours Wirtschaftspolitik. Das meiste Interesse finden alle Fragen des persönlichen Wohlergehens und der sozialen Entwicklung. Außenpolitik rangiert so gut wie gar nicht in den Wählervorstellungen. Auch die Frage des britischen Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften ist praktisch unter den Teppich gekehrt. Dennoch haben die Unterhauswahlen das Gute an sich, daß die ins Amt berufene Regierung mit einiger Autorität ihren EWG-Verhandlungspartnern gegenüberreten können wird.

Hans Joachim Werbke, London